

Presseverlautbarung

Die Kommentare der dänischen Premierministerin zum Antisemitismus spiegeln ihren Hass auf den Islam wider

Vor wenigen Tagen war die dänische Premierministerin Mette Frederiksen zu einem offiziellen Besuch im besetzten Palästina. Im besetzten Jerusalem traf sie mit dem Präsidenten des zionistischen Gebildes, Reuven Rivlin, zusammen, und nahm darüber hinaus an der Gedenkfeier anlässlich des 75. Jahrestages zur Befreiung von Auschwitz teil.

Den Opfern eines Völkermordes während des Besuchs eines Staates zu gedenken, der auf dem Völkermord an der einheimischen Bevölkerung Palästinas beruht, ist nicht einfach nur heuchlerisch. Vielmehr verspottet man die Opfer darüber hinaus noch. Die Schande wird zudem noch dadurch verschlimmert, dass ein Kriegsverbrecher wie Benjamin Netanjahu, der für die Ermordung Tausender unschuldiger Frauen, älterer Menschen und Kinder in Gaza verantwortlich ist, eine Rede während der Gedenkfeier hielt.

Mette Frederiksen beschloss vor ihrer Abreise, die Muslime in Dänemark als antisemitisch zu beschimpfen. Sie behauptete, dass die „Auswanderung“ aus bestimmten Ländern dazu beigetragen hätte, dass der Antisemitismus in Dänemark zugenommen hat. Sie spielte mit dieser Aussage eindeutig auf Einwanderer aus muslimischen Ländern an. Es ist völlig absurd, den Antisemitismus, der seinen Ursprung in Europa hat, als muslimisches Phänomen darzustellen. Vor allem aber wenn man bedenkt, dass die Neonazis, die jüdische Grabsteine in der Stadt Randers schändeten, Dänen waren. Dies trifft auch diejenigen zu, die kürzlich Aufkleber mit gelben Sternen auf die Briefkästen dänischer Juden klebten.

Die Länder, aus denen die Muslime ausgewandert sind, zeichnet eine ganz andere Geschichte aus. Als die Juden vor den blutigen Verfolgungen durch die Europäer – unter anderem der spanischen Inquisition – flohen, fanden sie keinen Ort auf der Welt, der sie aufzunehmen bereit gewesen wäre, außer die muslimischen Länder, die damals noch mit dem Islam regiert wurden.

Der Hass auf Juden existiert in Dänemark seit Jahrhunderten. Im Jahr 1819 waren die Verfolgungen der Juden dermaßen schlimm, dass das Militär ausrücken und in Kopenhagen aufmarschieren musste. Die Stadt Kopenhagen

wurde damals in den Ausnahmezustand versetzt. Große dänische Zeitschriften wie Politiken, Jyllands Posten und Berlingske waren im 20. Jahrhundert eifrig darum bemüht, antijüdische Gedanken zu verbreiten. Antisemitisch zu sein war damals die Norm, so wie der Hass auf den Islam heute die Norm ist. Versucht man die finstere antisemitische Vergangenheit Europas auf die Muslime zu projizieren, so ist dies nicht nur manipulativ und nicht korrekt, sondern zeugt darüber hinaus auch von historischer Unkenntnis.

Vor dem Hintergrund dieser Propaganda will die Premierministerin die Kritik der Muslime an der zionistischen Besetzung als Antisemitismus darstellen, indem sie eine spezifische Definition verwendet, die jeden stigmatisiert, der den sogenannten Staat „Israel“ kritisiert. Die Forderung der Muslime nach der Befreiung Palästinas ist mitnichten ein Aufruf zum Kampf gegen alle Juden. Es ist ein Aufruf zur sofortigen Beendigung der unrechtmäßigen Besetzung durch den sogenannten Staat „Israel“. Die Muslime haben ebenso ein Recht darauf, sich mit militärischer Gewalt gegen die Besetzung von ganz Palästina zur Wehr zu setzen, wie der dänische Widerstand ein Recht darauf hatte, als er sich in den 1940er-Jahren gegen die Deutschen zur Wehr setzte.

Daher ist das Urteil des nationalen Gerichts gegen Monzer Abdullah als ein politisches Urteil zu betrachten, das jede kritische Äußerung über „Israel“ kriminalisiert. Monzer Abdullah wurde verurteilt, weil er eine Freitagspredigt hielt, in der er über die brutale Besetzung Palästinas durch „Israel“ sprach. In der Rede ging es nicht um Juden im Allgemeinen. Unter anderem wurde erwähnt, dass die Beseitigung der Besetzung nur durch konventionelles militärisches Vorgehen gegen den Besatzer erfolgen kann. Dies ist keine Kriegserklärung an die Juden. Es ist allerdings die korrekte islamische Sichtweise in Hinblick auf jede militärische Besetzung, sei es in Palästina, in Kaschmir oder in Afghanistan.

Antisemitismus ist seit langem ein politisches Mittel, mithilfe dessen kritische Stimmen, die sich gegen die Besetzung Palästinas aussprechen, unterdrückt werden. Die Muslime können und wollen dies nicht akzeptieren. Dabei ist es egal, wie viele politische Urteile auch immer gefällt werden.

Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / Dänemark